

Herbsttreffen am 9. November: Willkommen im Oderland!



Liebe Berufskollegen,

das Herbsttreffen kehrt heim – vor bald zwanzig Jahren trafen wir uns nach der Herbstbestellung erstmals auf zwei Betrieben, um in geselliger Runde die arbeitsreiche Zeit ausklingen zu lassen. Damals waren es mein Vater und Gerd Schiele, die ihre Höfe zeigten, das erste Herbsttreffen des Bauernbundes Brandenburg fand im Oderland statt. Für den 9. November laden mein neuer Vorstandskollege Timo Scheib und ich Euch wieder ins Oderland ein, und wir würden uns freuen, wenn viele

uns besuchen kommen. Im Oderland ist der Bauernbund stark, über 60 Mitglieder, trotzdem ist natürlich noch Luft nach oben. Am Abend geht es in die Traditionsgaststätte „Märkischer Reiterhof“, wo wir bei einem ordentlichen Bratkartoffelgericht darüber diskutieren wollen, wie es weitergeht mit unserem Verband und mit der Agrarpolitik.

Spannend wird diese Diskussion auf jeden Fall, denn was im vergangenen halben Jahr aus dem Landwirtschaftsministerium kam, hat uns doch so positiv überrascht, dass ich fast geneigt wäre, von einem „Potsdamer Frühling“ zu sprechen, mehr dazu in diesem Blatt. Und nachdem Reinhard, den wir fünf Jahre an die FREIEN BAUERN ausgeliehen hatten, wieder mit voller Kraft zurück ist und unsere Kassiererin Yvonne in den Vorstand gewählt wurde, drehen die beiden ganz schön am Rad, um unseren guten alten Bauernbund fit für die Zukunft zu machen. Fehlen nur noch Eure Vorschläge und Meinungen, deshalb kommt bitte zahlreich zum Herbsttreffen und bleibt gerne bis in den Abend.

Dass der Rundbrief jetzt wieder aus Brandenburg kommt, hat auch seinen Grund, denn die FREIEN BAUERN haben beschlossen, künftig auf digitale Formate zu setzen, lasst Euch überraschen. Da sind wir in der Mark vielleicht ein bisschen konservativer. Genauso wie das Herbsttreffen sich als fester Bestandteil unseres Vereinslebens in vielen Jahren bewährt hat, möchten wir uns nicht ohne Not von einem gedruckten Mitteilungsblatt verabschieden. Geht das Euch nicht auch manchmal so, dass Ihr bei dem permanenten Blinken und Piepen unserer modernen Kommunikationsmittel froh seid, etwas Handfestes in der Hand zu halten, das Ihr jederzeit lesen oder weglegen könnt, wann Ihr wollt? Ich wünsche Euch eine schöne Lektüre und freue mich auf das Wiedersehen am 9. November.

Euer Lutz Wercham (Vizepräsident)

Vorstandswahl bei den FREIEN BAUERN Brandenburg

(13.02.2025) Der Bauernbund Brandenburg, Landesgruppe der FREIEN BAUERN, hat auf seiner Mitgliederversammlung gestern in Schönwalde-Glien seinen Präsidenten Marco Hintze einstimmig für weitere vier Jahre im Amt bestätigt. Der 53jährige Landwirt, der in Krielow im Havelland einen Betrieb mit Ackerbau und Rindermast bewirtschaftet, steht der bäuerlichen Berufsvertretung seit 2017 vor. Als seine Stellvertreter gewählt wurden der 38jährige Ackerbauer Lutz Wercham aus dem Oderbruch und – neu im Vorstand – die 26jährige Mutterkuhhalterin Frieda Salzwedel aus Michaelisbruch in der Ostprignitz. Ebenfalls neu in den Vorstand gewählt wurden Timo Scheib aus Biesdorf in Märkisch Oderland, Maik Behrend aus Neuholland in Oberhavel und Yvonne Dorowski aus Leibsch im Spreewald. Sie unterstützen künftig die wiedergewählten Vorstandsmitglieder Thomas Kiesel, Hans-Jürgen Paulsen, Jens Gerloff, Ulf Simon, Dirk Schulze, Frank Michelchen und Matthias Kurth. Unter großem Applaus verabschiedet wurde Urgestein Reinhard Benke aus Mörz in der Mittelmark – er hatte den Bauernbund noch als Stimme der Privatbauern gegen die Übermacht der roten Barone und alten Seilschaften 1993 mitgegründet und gehörte dem Vorstand ganze 32 Jahre an.



Mit 470 Mitgliedern sind die FREIEN BAUERN in Brandenburg die zweite große Berufsvertretung im Agrarbereich. Auf ihrer gestrigen Hauptversammlung plädierte die Schriftstellerin und Juristin Juli Zeh im Gespräch mit Geschäftsführer Reinhard Jung für einen langen Atem in der Auseinandersetzung mit einer agrarfernen Gesellschaft. Der Berufsstand sollte wie bei den Protesten des vergangenen Jahres inhaltlich stark seine Anliegen vorbringen, auch wenn viele Themen inzwischen ideologisch aufgeladen seien. Auf keinen Fall dürfe man sich dazu verleiten lassen, die gegnerische Wut zu spiegeln – trotz aller Anfeindungen der Bauern erkennt Zeh ein wachsendes Verständnis in der Bevölkerung und riet deshalb dazu, bei sachlichen Argumenten zu bleiben: "Steter Tropfen höhlt den Stein." Der Bundessprecher der FREIEN BAUERN Alfons Wolff versicherte in einer Grundsatzrede, dass sein Verband genau diese Strategie verfolgen könne, weil er ausschließlich bäuerliche Familienbetriebe vertritt und keine finanziellen oder personellen Verflechtungen zu Politik und Industrie bestehen: „Weil wir unabhängig sind, geht es uns um die Sache und nichts sonst.“

*Eine neue **Landesregierung**, drei Monate später ein neuer Vorstand, viel Arbeit, aber auch viel Hoffnung. In intensiven Gesprächen mit Staatssekretär Gregor Beyer und der Ministerin Hanka Mittelstädt, mit den Agrarpolitischen Sprechern Gunnar Lehmann (BSW), Gordon Hoffmann (CDU) und Fabian Jank (AfD) haben wir zunächst ausgelotet, welche Strategien möglich sind, um unsere Ziele voranzubringen. Wir waren positiv überrascht von der neuen Politik des Landwirtschaftsministeriums im agrarökologischen Bereich und haben unsere Zustimmung auch öffentlich zum Ausdruck gebracht. Die Redaktion dieses Rundbriefs fällt zusammen mit der Entlassung von Gregor Beyer durch Hanka Mittelstädt. Die Folgen dieser aus unserer Sicht sehr bedauerlichen Entscheidung sind noch nicht absehbar.*

*Auch wenn das Thema **Agrarstruktur** im Koalitionsvertrag nur eine untergeordnete Rolle spielt, haben wir nicht vor, die Landesregierung damit zu verschonen. In der beginnenden Debatte um den künftigen EU-Agrarhaushalt haben wir deutlich Stellung bezogen.*

FREIE BAUERN Brandenburg zu EU-Plänen: Wenn der Ausgleich nicht durch Zahlungen erfolgt, brauchen wir Zölle

(Schreiben an die Landwirtschaftsministerin vom 25.07.2025)

Sehr geehrte Frau Mittelstädt,

Ihre Kritik an den kürzlich von der EU-Kommission vorgelegten Plänen für die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2028 teilen wir. Auch wenn diese Pläne natürlich nicht genau so umgesetzt werden, halten wir es für erforderlich, schon jetzt auf grundlegende Fehler aufmerksam zu machen und zu verdeutlichen, wie sich der bäuerliche Berufsstand in Brandenburg zu den Vorschlägen positioniert.

Mit der geplanten erheblichen **Kürzung** des Agrarhaushalts kündigt die EU-Kommission einen seit den Römischen Verträgen 1957 geltenden Konsens auf, dass nämlich die Gemeinsame Agrarpolitik die Versorgung der Bevölkerung sichern und die landwirtschaftlichen Einkommen verbessern soll. Fast siebzig Jahre lang wurde das Preisgefälle zum Weltmarkt zunächst durch Zölle, später durch Zahlungen auf die Produkte und schließlich durch Zahlungen auf die Fläche mehr oder weniger ausgeglichen. Jetzt sollen erstmals offen nicht nur die ohnehin inflationsbedingt zusammengeschrumpften Zahlungen abgebaut werden, sondern durch gleichzeitige Ausweitung des Freihandels wird die europäische Landwirtschaft zudem schutzlos dem Preisdruck aus Agrarüberschussländern mit niedrigeren sozialen und ökologischen Standards ausgeliefert. Die FREIEN BAUERN haben bereits bei Bekanntwerden der Pläne im Oktober letzten Jahres erklärt, dass kaum ein Landwirt mit dem gegenwärtigen, durch Bürokratie und Bevormundung geprägten System staatlicher Ausgleichszahlungen glücklich ist, dass dessen Abbau aber einher gehen muss mit dem Wiederaufbau eines effektiven Zollschatzes. Anderenfalls wird Weizen aus der Ukraine und Rindfleisch aus Brasilien uns zunehmend unfaire Konkurrenz machen, ohne dass wir die daraus resultierenden Verluste noch irgendwie ausgleichen können. Wie bei der absehbaren Verschlechterung der landwirtschaftlichen Einkommen dann die Versorgung der Bevölkerung gesichert werden soll, bleibt das Geheimnis der EU-Kommission. Agrarpolitik, Handelspolitik und Sicherheitspolitik müssen jedenfalls zusammen gedacht werden, denn die Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft ist für unsere Gesellschaft überlebenswichtig.

Unabhängig vom Umfang der Kürzungen bleibt der Agrarhaushalt eine finanzielle Größenordnung, über deren zweckmäßige **Verteilung** diskutiert werden sollte. Mit ihren Vorschlägen zielt die EU-Kommission weniger auf positive agrarstrukturelle oder agrarökologische Effekte, sondern scheint vorrangig das damit erreichbare Einsparpotenzial im Blick zu haben. Die von uns grundsätzlich begrüßte Degression und Kappung der Direktzahlungen muss an die Struktur der leistungsfähigen bäuerlichen Familienbetriebe in Brandenburg angepasst und um einen Passus ergänzt werden, der überregionale Investoren ausschließt. Dass nach gegenwärtigem Stand ein Immobilienspekulant aus Nordrhein-Westfalen Anspruch auf Förderung hat, ein märkischer Bauer im Rentenalter aber nicht, ist niemandem zu erklären. Bei den Umweltprogrammen müssen Mittel umgelenkt werden, weg von der Flächenstillegung hin zu ökologisch besonders wertvollen Produktionsverfahren und Landschaftselementen. In all diesen Fragen der Ausgestaltung verfügen die FREIEN BAUERN Brandenburg über langjährige Expertise und können Ihnen – zugeschnitten auf die jeweiligen Vorgaben aus Brüssel – konstruktiv zuarbeiten. Wir würden uns sehr freuen, wenn Ihr Einsatz für die heimische Landwirtschaft auch bei der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2028 Früchte trägt.

Mit freundlichen Grüßen
Marco Hintze (Präsident)



FREIE BAUERN Brandenburg erinnern an Sozialistischen Frühling vor 65 Jahren: Kapitalistische Kolchosen stoppen

(25.04.2025) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben an die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der DDR vor 65 Jahren erinnert und eine Neuausrichtung der Agrarpolitik auf bäuerliche Familienbetriebe gefordert: „Der mit brutaler Gewalt und Psychoterror durchgesetzte Zusammenschluss von 400.000 bis dahin selbständigen Bauern zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften war ein großes Verbrechen“, sagte FREIE-BAUERN-Vorstand Jens Gerloff bei einer Kranzniederlegung an dem von seinem Verband in Kyritz errichteten Denkmal für die Opfer des so genannten Sozialistischen Frühlings. Dass es den

LPG-Nachfolgern nach der Wende gelungen sei, mit Hilfe alter Seilschaften und dem Segen der herrschenden Agrarpolitik genau diese Großbetriebe durch massive Begünstigung am Leben zu halten, habe die Entwicklung hin zu einer gesunden bäuerlichen Agrarstruktur in weiten Teilen Ostdeutschlands ausgebremst mit negativen Folgen bis heute, bedauert der 60jährige Mutterkuhhalter aus Teetz in der Prignitz: „Auch in der märkischen Landwirtschaft haben wir nach wie vor zu wenig Selbständige, Privatinitiative und Wertschöpfung.“

Inzwischen würden in Brandenburg zwar wieder fast die Hälfte der Flächen durch leistungsfähige bäuerliche Familienbetriebe bewirtschaftet, aber in den Großbetrieben mache sich das Großkapital breit, beobachtet Gerloff: „Wir erleben seit etwa zwanzig Jahren einen Ausverkauf an überregionale Investoren, zur Zeit vielleicht abgeschwächt aufgrund der schlechten Agrarkonjunktur, aber trotzdem katastrophal für den ländlichen Raum.“ Dadurch hätten sich die politischen Gegensätze verschoben, so Gerloff: „Früher standen private Wiedereinrichter gegen LPG-Nachfolger, heute sind wir froh um jede Agrargenossenschaft, die noch ortsansässigen Landwirten gehört, und einige von uns sind auch schon ganz schön groß geworden.“ Aufmerksam hätten die FREIEN BAUERN daher im Koalitionsvertrag gelesen, dass landwirtschaftliche Flächen nicht zum Spekulationsobjekt von Investoren werden sollen. Gerloff: „Wir sind gespannt, welche konkreten Maßnahmen, etwa in der Agrarförderung oder beim Bodenrecht, die neue Landesregierung ergreifen wird, um ortsansässige selbständige Landwirte zu stärken gegen kapitalistische Kolchosen.“

*Von der Agrarstruktur zur **Agrarökologie**, wo das Team Mittelstädt / Beyer bis zur Sommerpause drei starke Akzente gesetzt hat: Mit der Ankündigung, die Natur-Wiederherstellungsverordnung der EU nicht umzusetzen, sondern über die Agrarministerkonferenz auf eine Annullierung dieses unsinnigen Regelwerks zu dringen. Mit dem Einstieg in ein Bestandsmanagement für Wölfe, wo durch Aufnahme ins Jagdrecht und eine angepasste Wolfsverordnung endlich die von uns lange geforderte Jagd auf das Großraubtier beginnen könnte. Schließlich mit der Streichung des Vorkaufsrechts zugunsten von Naturschutzorganisationen als Bestandteil eines Gesetzes zur Verwaltungsvereinfachung. Nachfolgend dokumentieren wir unsere Stellungnahmen dazu ... ganz überwiegend positiv und konstruktiv mitarbeitend ... wann hatten wir zuletzt so ein Verhältnis zum Ministerium? Und wie wird es weiter gehen nach der Entlassung von Beyer? Das sind die Fragen, die im Raum stehen.*

FREIE BAUERN Brandenburg unterstützen Mittelstädt beim Widerstand gegen Natur-Wiederherstellungsverordnung

(02.03.2025) Die FREIEN BAUERN Brandenburg stellen sich hinter die Entscheidung der neuen Landwirtschaftsministerin Hanka Mittelstädt, die Natur-Wiederherstellungsverordnung der Europäischen Union in ihrem Bundesland vorerst nicht umzusetzen. „Diese Verordnung ist ein theoretisches Konstrukt ohne jeden fachlichen Hintergrund“, sagte FREIE-BAUERN-Geschäftsführer Reinhard Jung: „Mit dem Hinweis auf fehlende rechtliche Vorgaben hat die Ministerin den Finger in die Wunde gelegt und deutlich gemacht, dass ideologiegetriebene Willkür keine Grundlage für verantwortungsvolles Staatshandeln sein kann.“ Bereits die Vorstellung, Natur müsse wiederhergestellt werden, offenbare ein Unverständnis der Brüsseler Bürokraten für ökologische Zusammenhänge, kritisiert der 59jährige Bio-Rindermäster aus Lennewitz in der Prignitz: „Natur ist die gesamte belebte Umwelt und damit auch die von uns Landwirten immer wieder neu gestaltete Kulturlandschaft, hier gibt es keinen definierbaren Ursprungs- oder Endzustand.“ Formuliert werden könnten daher stets nur Ziele, wie wir diese schöne Landschaft gemeinsam weiterentwickeln wollen, so Jung: „Dabei darf allerdings die regionale Versorgung mit Lebensmitteln nicht gefährdet werden.“

Aus Sicht der FREIEN BAUERN Brandenburg besteht durchaus noch ökologisches Verbesserungspotenzial, insbesondere im Hinblick auf den Biotopverbund. „Wir haben bereits für die Agrarumweltmaßnahmen 2021 ein großes freiwilliges Programm zur Anlage von Hecken, Baumreihen und offenen Gewässerläufen vorgeschlagen, leider ohne Resonanz“, erinnert Jung. Statt dessen hätte die damalige Landesregierung die Verunkrautung und Vernässung landwirtschaftlicher Flächen gefördert. Aus dem guten Gedanken, Rückzugsgebiete für seltene Pflanzen und Tiere zu schaffen, sei ein totaler Vormachtsanspruch grüner Ideologen über den ländlichen Raum geworden. Jung: „Naturschutz funktioniert nur zusammen



mit den Landwirten, die ihr Eigentum seit Generationen nachhaltig bewirtschaften.“ Zusätzliche Gehölzstreifen würden den Erosionsschutz auf dem Acker verbessern, eine moderate Anhebung der Wasserstände in den Mooren würde die Grünlanderträge steigern, argumentiert der Landwirt und sieht jenseits starrer Verordnungen Ansatzpunkte für die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Naturschutz.

Weiden köpfen im Winter: Naturzerstörung? Naturwiederherstellung? Oder einfach nur Natur, für die es keiner Verordnung bedarf?

FREIE BAUERN Brandenburg: Totaler Naturschutz delegitimiert den Europäischen Gedanken

(Schreiben an den Staatssekretär vom 21.08.2025)

Sehr geehrter Herr Beyer,

wir haben uns im März hinter die Entscheidung der Ministerin gestellt, die Natur-Wiederherstellungsverordnung der Europäischen Union in Brandenburg vorerst nicht umzusetzen, und hinter ihr Engagement, über den Bundesrat die Bundesregierung zu einer Kurskorrektur

Richtung Brüssel zu bewegen. Der nun vorliegende Referentenentwurf aus dem Bundesumweltministerium gibt Anlass zur Sorge, dass sich die Bundesregierung überhaupt nicht mit begründeter Kritik an der Verordnung auseinandersetzen möchte. Wir halten eine Kurskorrektur nach wie vor für dringend erforderlich – und für aussichtsreich, zumal die Kritik von christdemokratischen und sozialdemokratischen Landesregierungen vorgebracht wird, die in Berlin über einen gewissen Einfluss verfügen sollten. Wie kaum ein anderes Regelwerk verkörpert die Natur-Wiederherstellungsverordnung genau das, was die Europäische Union in weiten Kreisen nicht nur der ländlichen Bevölkerung immer unattraktiver erscheinen lässt: Ideologische Abgehobenheit, überflüssige Bürokratie und völlige Ignoranz gegenüber den betroffenen Menschen. Wenn eine Kurskorrektur nicht gelingt, sondern die Bundesregierung sich hier weiterhin zum Erfüllungsgehilfen Brüssels machen lässt, befürchten wir über die katastrophalen praktischen Auswirkungen hinaus eine Delegitimierung des Europäischen Gedankens zum Schaden unserer gesamten Gesellschaft. Wir versichern der Ministerin daher heute nochmals unsere Unterstützung beim Widerstand gegen die Verordnung und bitten eindringlich darum, dass sich Brandenburg nicht mit Rhetorik abspeisen lässt. Jede Flexibilisierung eines von Grund auf falschen Regelwerks macht dieses nur noch komplizierter und willkürlicher. Eine Kurskorrektur muss vielmehr bei den drei entscheidenden Fehlern der Verordnung ansetzen:

1. Bereits die in der Verordnung formulierte Vorgabe, auf 20 Prozent aller Land- und Wasserflächen Natur wiederherzustellen, ist ein ideologisches Konstrukt ohne wissenschaftlichen Hintergrund. Natur ist die gesamte belebte Umwelt, also kein definierbarer Zustand, der sich wieder herstellen ließe. Natur unterliegt ständiger Veränderung, sie lässt sich daher nur begrenzt, nämlich vor menschlichem Einfluss, schützen und damit gegebenenfalls vor einer Verschlechterung bewahren. Auch lässt sie sich, gemessen an im Idealfall gesamtgesellschaftlich akzeptierten Zielen, durchaus verbessern. Keinesfalls aber lässt sie sich wieder herstellen, da dieses Vorhaben einen nach objektiven Kriterien definierbaren Referenzzustand bedingt und suggeriert, darüber müsste keine Verständigung mit den für die betreffenden Flächen verantwortlichen Menschen herbeigeführt werden. Von der begrünten Parkhausfassade in Potsdam bis zur gepflegten Kopfweidenreihe im Rhinluch ist ein als gut empfundener Zustand der Natur jedoch fast immer das Ergebnis freier Entscheidungen von Menschen.
2. Deshalb wird die in der Verordnung vorgesehene Erstellung von Wiederherstellungsplänen nicht nur keine positiven Auswirkungen auf die Natur haben, sondern zunächst bürokratische Doppelstrukturen schaffen, indem den bestehenden, auf definierbare Biotope bezogenen ordnungsrechtlichen Instrumenten des Naturschutzes und den bestehenden, gerade im Agrarbereich immer wieder kontrovers diskutierten förderrechtlichen Instrumenten ein starres Korsett der Planerfüllung zur Seite gestellt wird. Hier geht es dann nicht mehr etwa um die rechtlich saubere Überprüfbarkeit von Biotopeigenschaften oder gesamtgesellschaftliche Akzeptanz von Umweltzielen, sondern nur noch darum, vorab festgelegte Prozentzahlen zu erreichen und nach Brüssel zu melden – koste es, was es wolle. Und weil es wahrscheinlich viel kosten wird, werden die vielleicht verbesserungswürdigen, aber immerhin bisher leidlich funktionierenden, aus unserem demokratischen Rechtsstaat entwickelten Instrumente des Naturschutzes möglicherweise bald schon nicht mehr ausreichen – was dann?
3. Aufgrund ihres im Kern planwirtschaftlichen Charakters wird die Verordnung daher nicht lediglich zu einer erheblichen Ausdehnung von Bürokratie führen, sondern im Zuge von Umsetzungsblockaden oder Strafandrohungen aus Brüssel zwangsläufig den durch diese Bürokratie ausgeübten Druck auf Flächennutzung und Flächennutzungsplanung erhöhen. Konflikte um kommunale Planungshoheit und Eigentümerrechte sind vorpro-

grammiert. Das Bundesumweltministerium hat im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der Verordnung eine Stellungnahme des Sachverständigenrates für Umweltfragen vorgestellt, in der unverblümt gefordert wird, dass die Möglichkeiten der öffentlichen Hand, auf Privatgrundstücke zuzugreifen, verbessert werden müssten, entweder durch vertraglich einzuräumende Nutzungsrechte oder durch Enteignung. Damit sollten, wie beim Straßenbau oder beim Bergbau, Widerspenstige zur Raison gebracht werden, so ein Sachverständiger. Die Angst vor Bevormundung, Streit und staatlichem Zwang verunsichert die ländliche Bevölkerung.

Die im Referentenentwurf zum Ausdruck kommende Bereitschaft, die Natur-Wiederherstellungsverordnung unverändert in nationales Recht umzusetzen, weisen wir hiermit aufs Schärfste zurück. Aus dem guten Ansatz des Naturschutzgedankens, Rückzugsgebiete für seltene Tiere und Pflanzen vor Zerstörung zu bewahren, ist ein totaler Vormachtsanspruch grüner Ideologen über den ländlichen Raum geworden, dem wir uns nicht unterwerfen werden. Dass die brandenburgische Landesregierung beim Widerstand gegen die Verordnung derzeit eine führende Rolle spielt, erfüllt uns mit Stolz auf unser Bundesland.

Mit freundlichen Grüßen
Yvonne Dorowski (Vorstand)

FREIE BAUERN Brandenburg begrüßen Engagement der Ministerin für sinnvolle Regulierung von Wölfen



(10.04.2025) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben der neuen Landwirtschaftsministerin Hanka Mittelstädt zum durchschlagenden Erfolg ihrer Initiative für ein besseres Wolfsmanagement gratuliert. „Dass die Anpassung von EU-Schutzstatus und Bundesnaturschutzgesetz sowie die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht nicht nur von der Agrarministerkonferenz befürwortet wurde, sondern auch noch Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat, gibt endlich Grund zur Hoffnung für

die leidgeprüften Weidetierhalter“ sagte FREIE-BAUERN-Vorstand Frank Michelchen: „Es ist nur konsequent, dass die Ministerin des Bundeslandes mit der höchsten Wolfsdichte der Welt den totalen Schutz des Großraubtiers durch eine sinnvolle Regulierung ersetzen will – trotzdem muss man feststellen, dass ihre Vorgänger diesen Mut nicht hatten.“ In den vergangenen Jahren habe sich leider auch in Brandenburg ein undurchsichtiges Netzwerk aus Behördenmitarbeitern, Verbandsfunktionären und Freiberuflern etabliert, das von der Ausbreitung der Wölfe profitiert, so der 59jährige Biobauer aus Leibsch im Spreewald: „Sich mit dieser Macht anzulegen und schützend vor die verzweifelte Landbevölkerung zu stellen, erfordert Rückgrat und verdient unsere Unterstützung.“

Die reguläre Jagd auf Wölfe diene nicht einer erneuten Ausrottung, sondern dem Schutz von Mensch und Weidetier, argumentieren die FREIEN BAUERN und erneuern ihre seit fast zehn Jahren vorgetragene Forderung, in unmittelbarer Umgebung von Siedlungen und Viehweiden schießen zu dürfen. „Dafür müssten die Kadaver der vom Wolf bei lebendigem Leib zerfleischten Fohlen, Kälber oder Schafe liegen bleiben, da das Raubtier an den Folgetagen oftmals zu seiner Beute zurückkehrt“, rät Michelchen und schlägt für die Umsetzung entsprechender Gesetze eine deutlich vereinfachte Wolfsverordnung vor: „Wenn der bei uns wieder heimisch gewordene Wolf so wie alle anderen heimischen Wildtierarten auch von unseren

dafür bestens ausgebildeten Jägern reguliert wird, lassen sich Millionen an sinnlos ausgegebenen Fördergeldern einsparen ... für Beratung, Prävention, Zäune, Hunde, Rissgutachten, Entschädigungen und mehr.“ Ein funktionierendes Wolfsmanagement könne damit nicht zuletzt einen Beitrag leisten, um den Landeshaushalt zu konsolidieren.

FREIE BAUERN Brandenburg verlangen erleichterten Wolfsabschuss statt bürokratischem Herdenschutz



(30.06.2025) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben die von der Landesregierung angestrebte Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht als längst überfälligen, gleichwohl wichtigen Schritt begrüßt und praxistaugliche Regelungen für die Übergangszeit angemahnt, in der das Bundesnaturschutzgesetz noch

nicht an den europarechtlich vollzogenen verringerten Schutzstatus angepasst ist. „So lange wir das gefährliche Raubtier nicht jagdlich regulieren können wie jedes andere Wild auch, muss es funktionierende andere Mechanismen zum Schutz der Weidetierhaltung geben“, forderte FREIE-BAUERN-Vorstand Frank Michelchen. Dass viele gerissene Weidetiere überhaupt nicht mehr gemeldet und die angreifenden Wölfe möglicherweise illegal bekämpft würden, sei jedenfalls keine zufrieden stellende Situation, argumentiert der 59jährige Biobauer aus Leibsch im Spreewald: „Wir brauchen endlich einen praktikablen Rechtsrahmen dafür, dass wir unsere Schafe, Kälber und Fohlen direkt am Weidezaun verteidigen dürfen.“

In der Diskussion mit den Landnutzerverbänden sehen die FREIEN BAUERN einen Ausbau der hoch bürokratisierten Verfahren von Herdenschutz und Entschädigung eher skeptisch und knüpfen an ihre bereits vor acht Jahren vorgebrachten Vorschläge für eine einfach anwendbare Wolfsverordnung an, erläutert Michelchen: „Ab dem Zeitpunkt, wo der Landwirt einen Riss meldet, muss der örtliche Jäger zwölf Monate lang befugt sein, im Umkreis von 1000 Metern zu dem betroffenen Weidesystem jeden Wolf abzuschießen, der sich den Tieren nähert.“ Im Gegensatz zu seinen menschlichen Anhängern sei der Wolf ein kluges Geschöpf – das Rudel lerne schnell, wo ihm Gefahr drohe. Der Abschuss von Problemwölfen am Weidezaun müsse daher auch Vorrang haben, wenn die Bestände künftig jagdlich reguliert werden dürfen, so Michelchen.

FREIE BAUERN Brandenburg zum Protestmarsch für Wolfsschutz: Gute Reise und auf Nimmerwiedersehen!

(29.08.2025) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben dem für Montag angekündigten Protestmarsch der Allianz Wolf Brandenburg vom Alten Markt Potsdam bis zur Spitze des Brocken einen guten Verlauf gewünscht. „Reisende soll man nicht aufhalten“, sagte FREIE-BAUERN-Geschäftsführer Reinhard Jung: „Wenn möglichst viele dieser fanatischen Wolfsanbeter unser schönes Bundesland verlassen, um auf dem höchsten Gipfel der norddeutschen Tiefebene ihr Klagegeheul anzustimmen, kann ich das nur begrüßen.“ In den vergangenen zehn Jahren sei die Zahl der Rinder in Brandenburg um mehr als zwanzig Prozent gesunken, erinnert Jung: „Nicht nur, aber auch wegen der unkontrollierten Ausbreitung eines

Großraubtiers, das unsere Kälber auf bestialische Weise umbringt.“ Was dem ländlichen Raum dadurch an Wertschöpfung und Biodiversität verloren gegangen ist, sei gar nicht wieder gutzumachen, argumentiert der 59jährige Mutterkuhhalter, der in Lennewitz in der Prignitz die vom Aussterben bedrohte Rinderrasse Rotbuntes Niederungsvieh züchtet. Jung: „Wenn jetzt erstmals eine Landesregierung versucht, die massiv angewachsene Wolfspopulation jagdlich zu regulieren, so wie andere Wildarten auch, ist das ein Gebot der Vernunft und längst überfällig.“

Wie sehr die Allianz-Wolf-Aktivisten in einer ideologisch umnachteten Parallelwelt leben, belegt nach Einschätzung der FREIEN BAUERN bereits ihr Aufruf zum Protestmarsch, wo sie vor einer erneuten Ausrottung des Wolfes warnen und den Befürwortern einer Regulierung unterstellen, sie würden den Willen der Bevölkerungsmehrheit missachten. „Tatsächlich haben wir in Brandenburg inzwischen die höchste Wolfsdichte weltweit und jagdliche Abschussquoten bedrohen keinesfalls den Bestand“, klärt Jung auf: „Selbst wir haben nie die Ausrottung des Wolfs gefordert, sondern immer nur seine Begrenzung auf geeignete Lebensräume wie Nationalparks, Truppenübungsplätze und Tagebaukippen, damit Weidetierhalter und Landbevölkerung ohne Angst leben können.“ Auch die Berufung auf angebliche Mehrheiten verweist Jung in den Bereich der Phantasie: „Die beiden Parteien, die genauso kompromisslos am totalen Wolfsschutz festgehalten haben, sind bei der letzten Landtagswahl jedenfalls an der 5-Prozent-Hürde gescheitert. Nicht nur, aber auch weil sie ihre Augen vor der schrecklichen Wirklichkeit der Wolfsangriffe verschlossen haben.“

FREIE BAUERN Brandenburg loben geplante Verwaltungsvereinfachung für umweltgerechten Naturschutz

(22.05.2025) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben sich zustimmend zum heute von der Regierungskoalition in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf für eine Verwaltungsvereinfachung in den Bereichen Landnutzung und Umwelt geäußert. „Insbesondere mit der ersatzlosen Streichung des Vorkaufsrechts zugunsten von Naturschutzorganisationen erfüllt das Gesetz eine langjährige Forderung der Landwirtschaft“, lobte FREIE-BAUERN-Vorstand Maik Behrend das Vorhaben: „Gerade viele kleinere Betriebe, die in ökologisch sensiblen Gebieten eher extensiv wirtschaften, hatten in den letzten Jahren erhebliche Probleme, ihre Existenz zu sichern, weil jeder Flächenkauf unter diesem Vorbehalt stand.“ Durch das Vorkaufsrecht hätten mit öffentlichen Mitteln ohnehin übermäßig subventionierte private Verbände und Stiftungen den totalen Zugriff auf Flächen gehabt, deren besonderer ökologischer Wert erst durch bäuerliche Bewirtschaftung entstanden sei, kritisiert der 50jährige Bio-Rinderzüchter aus Neuholland im Landkreis Oberhavel: „Das war eine unerhörte Anmaßung gegenüber der in der Region ansässigen Landbevölkerung, die jetzt hoffentlich bald vorbei ist.“

An die Landtagsabgeordneten appellieren die FREIEN BAUERN, sich von den Profiteuren der bisherigen Regelung keinen Sand in die Augen streuen zu lassen. „Natürlich behält das Land sein naturschutzrechtliches Vorkaufsrecht und natürlich steht es den betroffenen Organisationen frei, weiter Flächen zu kaufen – dann allerdings in fairer Konkurrenz zu bäuerlichen Landnutzern, die ein mindestens ebenso berechtigtes Interesse an der Bewirtschaftung haben“, führt Behrend aus. Naturschutz sei nicht umweltgerecht, wenn er die heimische Landwirtschaft immer weiter zurückdränge und damit Lebensmittelimporte aus fernen Ländern notwendig mache, argumentiert der Landwirt: „Wir müssen weg von der Verwahrlosung, Verunkrautung und Vernässung von Flächen, hin zu einer durch Hecken, Baumreihen und offene Wasserläufe gegliederten intensiv genutzten Kulturlandschaft. Dafür brauchen wir Bauern und keine Ranger.“

*Soweit zur Agrarökologie. Von den drei aufgeführten Vorhaben ist bislang nur das Gesetz verabschiedet worden, wodurch das Vorkaufsrecht zugunsten von Naturschutzorganisationen entfällt. Beim Bestandsmanagement Wolf und der Natur-Wiederherstellungsverordnung stehen endgültige Entscheidungen noch aus. Als Differenzen im **Team Mittelstadt / Beyer** bekannt wurden, haben wir deshalb, zunächst ohne Öffentlichkeit, an beide appelliert, sich um der Sache willen zusammenzurufen. Erstmals seit langem hätten viele Menschen auf dem Land den begründeten Eindruck gewonnen, dass sie mit ihren Anliegen nicht nur wahrgenommen werden, sondern dass sich konkret etwas zu ihren Gunsten ändert, und zwar in einem Tempo, das viele der Politik gar nicht mehr zugetraut hätten. Aus dieser positiven Überraschung folge eine Erwartungshaltung, die jetzt nicht enttäuscht werden dürfe, haben wir argumentiert, zuletzt auch gegenüber der Presse, und die Sorge geäußert, dass auf den Potsdamer Frühling wieder ein Winter der grünen Lobbyisten und Technokraten folgt, die das Ministerium viel zu lange im Griff hatten. Die Landesregierung habe eine Verantwortung für den ländlichen Raum, hinter der persönliche Befindlichkeiten zurückstehen sollten ...*

*Wie gesagt, wir werden aufmerksam beobachten, wie es weiter geht. Bei einem weiteren großen Thema der Landesregierung, dem sogenannten **Bürokratieabbau**, sind derzeit noch keine Bemühungen zu erkennen, die zu einer spürbaren Entlastung unserer Betriebe führen könnten. Entsprechend deutlich haben wir hierzu unsere Kritik geäußert und verlangt, den Worten Taten folgen zu lassen.*

FREIE BAUERN Brandenburg schlagen Crumbach komplette Streichung der Verbändeförderung vor

(18.04.2025) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben die Kürzung der Fördermittel für Naturschutzverbände im geplanten Doppelhaushalt als ersten Schritt in die richtige Richtung bezeichnet und Finanzminister Robert Crumbach zugleich aufgefordert, das Thema grundsätzlicher anzugehen. „Wenn BUND, Nabu und andere, die sich selbst gern als Nichtregierungsorganisationen bezeichnen, von der Regierung mit umfangreichen Geldern ausgestattet werden, ist das nicht nur Steuerverschwendung, sondern zugleich ein Demokratieproblem“, meint Lutz Wercham, Vizepräsident der FREIEN BAUERN Brandenburg. Die gesellschaftliche Debatte brauche durchaus Verbände, die sich glaubwürdig gegen staatlich sanktionierte Naturzerstörung zur Wehr setzen statt von den damit regelmäßig verbundenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu profitieren, argumentierte der 38jährige Ackerbauer aus Wilhelmsaue im Oderland: „Wer direkt Geld vom Staat bekommt im Rahmen der institutionellen Förderung, wird mit substanzieller Kritik jedoch eher vorsichtig sein und sich lieber woanders austoben, etwa mit wirklichkeitsfremden Vorwürfen und Vorschlägen zulasten der Landwirtschaft“.

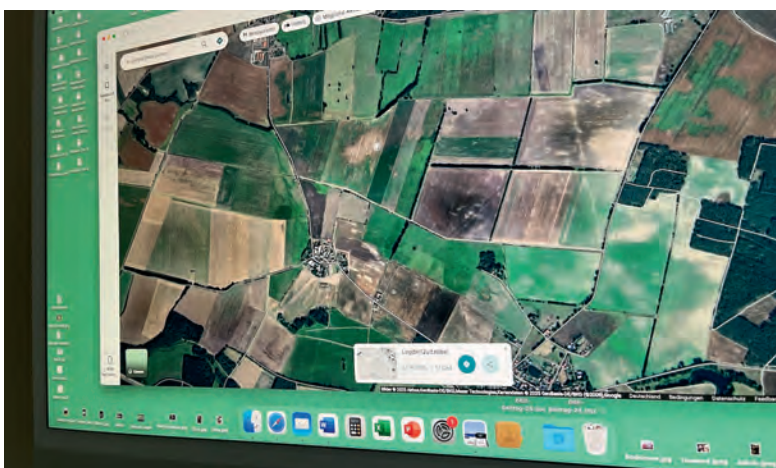
Über die für den neuen Haushalt vorgesehene Mittelkürzung von 920.000 Euro auf 700.000 Euro hinaus schlagen die FREIEN BAUERN Crumbach deshalb die komplette Streichung der Verbändeförderung vor. Das gelte natürlich nicht nur für den Naturschutzbereich, stellte Wercham klar und erinnerte daran, dass sein Verband bereits vor einem Jahr die Förderung des Deutschen Bauerntages in Cottbus mit 100.000 Euro aus dem Landeshaushalt kritisiert hatte: „Parteipolitik und Interessenpolitik sollten sauber getrennt sein – alles, was auch nur den Verdacht von Gefälligkeiten oder Rücksichtnahmen aufkommen lassen könnte, schadet dem Ansehen der demokratischen Institutionen.“ Die FREIEN BAUERN Brandenburg finanzieren sich fast ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und legen großen Wert darauf, die Interessen ihrer Mitglieder unabhängig von agrarfremden Einflüssen in die gesellschaftliche Debatte einzubringen.

FREIE BAUERN Brandenburg fordern Vertrauen ein: Bürokratieabbau muss zu wirksamer Deregulierung führen

(08.05.2025) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben die Landesregierung ermutigt, das im Koalitionsvertrag ausgesprochene Vertrauen in die gute fachliche Praxis der märkischen Landwirtschaft mit politischem Leben zu füllen. „Wenn sich Hanka Mittelstädt und Dietmar Woidke morgen auf der BraLa anhören dürfen, wie der Bauernverband Agrarsubventionen und Förderprogramme verschlanken will, sollten sie die wirklich großen Herausforderungen beim Bürokratieabbau nicht aus den Augen verlieren“, wünscht sich FREIE-BAUERN-Vorstand Thomas Kiesel: „Unser Berufsstand, der mit einer Vielzahl an praxisfernen, oftmals kontraproduktiven Auflagen reguliert und dabei flächendeckend kontrolliert wird, braucht einen echten Befreiungsschlag.“ Unter Bürokratieabbau versteht der 54jährige Ackerbauer aus Barsikow in der Prignitz deshalb ausdrücklich nicht die technische Optimierung von Kontrollmechanismen, sondern eine spürbare Verringerung der Regelungsdichte: „Wenn das mit dem Vertrauen ernst gemeint ist, müssen wir künftig wieder deutlich mehr Entscheidungen auf unseren Betrieben in unternehmerischer Eigenverantwortung treffen.“

Für einen wirksamen Bürokratieabbau verlangt Kiesel, alle seit 2017 erlassenen Verschärfungen bei Düngung, Pflanzenschutz und Tierhaltung auszusetzen und gemeinsam mit den Praktikern zu überarbeiten: „Es kann beispielsweise durchaus richtig sein, Stalldung auf gefrorenem Boden auszubringen, Rapssaat zu beizen oder im Winter zu pflügen. Das lässt sich nicht vom grünen Tisch aus entscheiden, sondern nur mit Fachverstand und bäuerlicher Erfahrung.“ Auch die Anforderungen an Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse könnten massiv gesenkt werden, ohne dass der Verbraucherschutz leiden würde. Um kleinere Betriebe schnell zu entlasten, fordern die FREIEN BAUERN darüber hinaus eine Bagatellgrenze im Verwaltungsvollzug, unterhalb derer alle Aufzeichnungspflichten und Routinekontrollen wegfallen. Und für die gesamte Landwirtschaft möchte Kiesel eine Umkehr der Beweislast: „Wer uns Fehlverhalten unterstellt, soll künftig bitteschön Anhaltspunkte liefern, die ein Tätigwerden der Behörden rechtfertigen.“

Diese grundsätzliche Herangehensweise über das Ordnungsrecht sei auch deshalb unerlässlich, weil dessen überprüfbare Einhaltung inzwischen zur Voraussetzung für den Erhalt der Agrarsubventionen gemacht wurde, argumentieren die FREIEN BAUERN. Kiesel: „Seit 2023 lässt die Europäische Union unsere Flächen wöchentlich von Satelliten fotografieren und die Aufnahmen mittels künstlicher Intelligenz mit unseren Agraranträgen abgleichen, das wird immer mehr zur totalen Überwachung.“ Bürokratieabbau müsse bei der Ursache der Überregulierung ansetzen – einem von Ideologen geschürten, von Bürokraten exekutierten, durch keinerlei Fakten begründeten Misstrauen gegen unsere heimische Landwirtschaft.



Nach wie vor vor dem Verwaltungsgericht Potsdam anhängig ist die Klage unseres Mitglieds Reinhard Jung gegen die verpflichtende Nutzung der **Foto-App** im Rahmen des Agrarantragsverfahrens. Finanziert wird diese durch die FREIEN BAUERN Deutschland. Der Staat dürfe niemanden dazu zwingen, sich selbst zu belasten, argumentieren Jungs Anwälte, im Kontext des Agrarantrags sei aber genau dieser Zwang gegeben und unverhältnismäßig. Unser Kalkül: Würde die Pflicht fallen, wäre das gesamte Überwachungssystem nicht mehr sinnvoll durchführbar.



FREIE BAUERN Brandenburg warnen: Keine betrieblichen Daten an die Saatgut-Treuhand weitergeben!

(16.05.2025) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben ihre Mitglieder vor einem Erwerb der digitalen Erntegut-Bescheinigung der Saatgut-Treuhand gewarnt. „Momentan plustert sich Agravis auf, der Konzern würde nur entsprechend deklariertes Getreide abnehmen, Topagrar titelt sogar, Getreide ohne Bescheinigung könnte bald vernichtet werden“, wundert sich FREIE-BAUERN-Vorstand Ulf Simon: „Ich kann den Berufskollegen nur raten, ruhig zu bleiben. Erstens wächst auf unseren Feldern ein wertvoller Agrarrohstoff heran und zweitens hat nicht nur Agravis Interesse daran.“ Keinesfalls werde er sich von einem Getreideaufkäufer dazu verpflichten lassen, gegenüber dem privatwirtschaftlichen Inkassounternehmen der Saatgut-Multis sensible betriebliche Daten preiszugeben, kündigt der 55jährige Ackerbauer aus Michaelisbruch in der Ostprignitz an: „Nachdem die Treuhand-Spitzel schon im vergangenen Jahr mit der Einführung ihrer digitalen Datenkrake am Widerwillen der Landwirtschaft gescheitert sind, soll jetzt offenbar mithilfe von Agravis eine zusätzliche Drohkulisse aufgebaut werden. Lassen wir sie nochmal scheitern.“

Hintergrund: Der Nachbau – die Verwendung von Getreide aus der letzten Ernte für die nächste Aussaat – war jahrhundertlang frei. Seit einer Änderung des Sortenschutzrechts vor dreißig Jahren versucht ein Kartell der Pflanzenzucht-Konzerne über sein Inkassounternehmen Saatgut-Treuhand gegenüber der Landwirtschaft, Gebühren auf den Nachbau zu erheben. Für die praktische Umsetzung braucht die Treuhand allerdings betriebliche Daten und ist auf die Mitwirkung der Landwirte angewiesen – die wiederum selber kein Interesse daran haben, für ihre Geschäftspartner im Bereich Saatgut gläsern zu werden. Um genau diese Auskunftspflichten tobt seit Jahrzehnten ein erbitterter Kampf, der mit der Instrumentalisierung des Landhandels nunmehr in eine neue Phase tritt.

An der digitalen Erntegut-Bescheinigung stört die FREIEN BAUERN vor allem, dass der Landwirt ohne rechtliche Notwendigkeit der Saatgut-Treuhand seine kompletten Einkaufsbelege sowie sein vollständiges Anbauverzeichnis zur Verfügung stellen muss. „Agravis ist in Brandenburg flächendeckend vertreten und hat als Landhändler und auch mit seiner Technik-Sparte einen guten Ruf zu verlieren“, meint Simon: „Wenn sich das Unternehmen jetzt so vor der Karren der Pflanzenzucht-Konzerne spannen lässt, ist das seinem Image sicher nicht förderlich.“

*Massiv zugenommen hat bei der Ernte 2025 der Druck des Landhandels, für die angelieferte Ware die digitale **Erntegut-Bescheinigung** der Saatgut-Treuhand vorzulegen. Wir haben früh auf die Entwicklung reagiert und unseren Mitgliedern die Erntegut-Erklärung der IG Nachbau zur Verfügung gestellt und aufgeklärt, warum unabhängig davon, ob man nun Nachbau betreibt oder ausschließlich Z-Saatgut verwendet, die Bescheinigung der Saatgut-Treuhand nicht akzeptabel ist. In der Folge haben viele Berufskollegen es geschafft, die von*

uns empfohlene Erklärung durchzusetzen oder eine vom jeweiligen Landhandel entworfene alternative Erklärung ähnlicher Art, die jedenfalls eine Weitergabe an Dritte verbietet und die Nachweispflicht des Anlieferers auf den Fall beschränkt, dass der Sortenschutzinhaber den Landhändler wegen des vom konkreten Betrieb angelieferten Erntegutes verklagt. Zu viele haben den Kampf aber auch verloren, sind unter dem Druck eingeknickt, im Erntestress die Ware auf einem reichlich versorgten Markt überhaupt loszuwerden. Agravis hat sich zuletzt zähneknirschend auf seine Lieferanten zubewegt, wie die meisten anderen Landhändler auch. Allein das so genannte „Team Agrar“ blieb kompromisslos auf der Saatgut-Treuhand-Linie und hat sich damit als unfairer Geschäftspartner erwiesen. Man muss sich immer vergegenwärtigen, dass niemand den Landhandel gezwungen hat, die Erntegut-Bescheinigung zu verlangen, selbst der Saatgut-Treuhand-Geschäftsführer musste nach großem Protest einräumen, dass alternative Erklärungen möglich sind. Landhändler, die ihre Lieferanten in der angespannten Situation Ernte 2025 gezwungen haben, die Bescheinigung auszufüllen, haben es sich einfach gemacht und den Druck der Pflanzenzucht-Konzerne eins zu eins an ihre Lieferanten weitergegeben. Dies sollte niemand bei künftigen Geschäftsbeziehungen vergessen. Als Berufsvertretung müssen wir uns Strategien überlegen, den Berufskollegen zu helfen, die jetzt schutzlos dem Auskunft-Verlangen der Saatgut-Treuhand ausgeliefert sind ... und wie wir generell mit dem Zugriff der großen Konzerne auf unser Saatgut umgehen. Mit der von Europa drohenden Zulassung der neuen Gentechnik stehen uns weitere Gefahren ins Haus bis hin zur totalen Abhängigkeit. Wer das Saatgut kontrolliert, kontrolliert am Ende die gesamte Landwirtschaft.

FREIE BAUERN Brandenburg für Schutz landwirtschaftlicher Flächen: Photosynthese statt Photovoltaik

(09.06.2025) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben der Landesregierung angeraten, ihre Empfehlung von Solarparks auf ertragreichen Böden zurückzunehmen. „Zum Schutz unserer heimischen Lebensmittelproduktion halten wir es für dringend geboten, die zuletzt im August 2023 herausgegebene Arbeitshilfe für Kommunen zur Ausweisung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen grundlegend zu überarbeiten“, sagte FREIE BAUERN-Vizepräsident Lutz Wercham. Die technische Gewinnung von Sonnenenergie auf landwirtschaftlichen Flächen komme aus ökonomischen Gründen nur ausnahmsweise und nur auf Grenzertragsstandorten in Frage, argumentiert der 38jährige Ackerbauer aus Wilhelmsaue im Oderbruch: „Wir sollten uns dessen bewusst sein, dass es sich bei der Photosynthese unserer Nutzpflanzen bereits um die effizienteste denkbare Gewinnung von Sonnenenergie handelt und die heimische Lebensmittelproduktion im Krisenfall höhere Systemrelevanz besitzt als alles andere.“



Die technische Gewinnung von Sonnenenergie auf landwirtschaftlichen Flächen komme aus ökonomischen Gründen nur ausnahmsweise und nur auf Grenzertragsstandorten in Frage, argumentiert der 38jährige Ackerbauer aus Wilhelmsaue im Oderbruch: „Wir sollten uns dessen bewusst sein, dass es sich bei der Photosynthese unserer Nutzpflanzen bereits um die effizienteste denkbare Gewinnung von Sonnenenergie handelt und die heimische Lebensmittelproduktion im Krisenfall höhere Systemrelevanz besitzt als alles andere.“

Konkret möchten die FREIEN BAUERN den Kriterienkatalog ändern, den die brandenburgische Landesregierung kommunalen Entscheidungsträgern an die Hand gibt, die mit Planungen für Solarparks konfrontiert werden. „Die Nähe der Flächen zu die Landschaft

zerschneidenden Verkehrswegen unabhängig von deren landwirtschaftlichem Ertragswert sollte kein Positivkriterium mehr sein, genau wie die Erschließung von Moorflächen im Zusammenhang mit einer Wiedervernässung“ wünscht sich Wercham und fordert insbesondere die Bodenfruchtbarkeit als zusätzliches Negativkriterium: „Flächen mit einer Bodenwertzahl von 25 aufwärts sollten grundsätzlich nicht mehr für eine Bebauung mit Photovoltaik-Freiflächenanlagen vorgesehen werden.“

Solarparkplanungen von in der Regel überregionalen Investoren führen zu Interessenkonflikten auf den Dörfern, die auch vor dem Berufsstand nicht halt machen, weiß Wercham: „Für einige Berufskollegen stellen sich solche Planungen als vorteilhaft dar, andere können sich nicht gegen ihre Verpächter stellen.“ Als Berufsorganisation müssten die FREIEN BAUERN, die sich in der Vergangenheit gerade in Brandenburg massiv gegen neue Braunkohle-Tagebaue gewehrt haben, jedoch auf einer gesamtgesellschaftlich verantwortbaren Energiewende bestehen: „Wenn etwa der gigantische Strombedarf für künstliche Intelligenz jetzt auch noch von unseren Äckern gedeckt werden soll, fehlt uns irgendwann das Essen als Treibstoff für natürliche Intelligenz.“

*Im Zusammenhang mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten **Wassergesetz-Novelle** hat der Vorstand grundlegende Fragen der Gewässerunterhaltung erörtert und strukturiert. Es geht zum einen um die Verteilung der Kosten zwischen dem Land (aus Steuermitteln der Allgemeinheit) und den Gewässerunterhaltungsverbänden (aus Umlagen der Grundstückseigentümer). Hier vertrat der Vorstand die Ansicht, dass die Unterhaltung größerer Gewässer als Landeskulturaufgabe in öffentlicher Hand bleiben müsse und diese Zuständigkeit sich aus klaren Kriterien ergeben muss und nicht durch Umdeklarierung ausgehöhlt werden darf. Ebenfalls sieht der Vorstand die Beseitigung von Biberschäden als Naturschutzfolgeaufgabe in öffentlicher Hand, jedenfalls so lange die Jagd auf den Biber Einschränkungen unterliegt. Es geht zum anderen um die Verteilung der Kosten unter den umlagepflichtigen Grundstückseigentümern. Hier vertrat der Vorstand die Auffassung, dass eine Differenzierung nach Vorteilsnahme zwar prinzipiell gerechtfertigt sei, aber die Quantifizierung des Vorteils nicht zu einer bürokratischem Überlastung führen dürfe. Deshalb müsse die bewährte Unterteilung in Land, Forst und Grundstücke mit Versiegelung beibehalten, aber im Verteilungsschlüssel der realen Wertigkeit der unterhaltenen Grundstücke angepasst werden. Statt 1 : 0,5 : 2 sollte mindestens über 1 : 0,5 : 4 nachgedacht werden oder über die Einführung eines Mindestbeitrags von 10 Euro für jedes Grundstück, um den Aufwand für einen Beitragsbescheid überhaupt zu rechtfertigen. Auf jeden Fall muss eine wirksame Entlastung der landwirtschaftlichen Grundstücke hergestellt werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Kontrolle der Gewässerunterhaltungsverbände. Hier besteht die Möglichkeit, als Grundstückseigentümer Mitglied im Verband zu werden. Auf diese Weise könne zwar keine Mehrheit gegen die Gemeinden hergestellt werden, aber es sei durchaus möglich, durch Anfragen und Eingaben auf eine sparsame Haushaltsführung hinzuwirken und Einfluss zu nehmen.*

*Nachdem die Eindämmung der Maul- und Klauenseuche erfolgreich abgeschlossen werden konnte, hat der Vorstand seine grundsätzliche Kritik an der dabei praktizierten Form der **Seuchenbekämpfung** erneuert. Die vorsorgliche Tötung ganzer Tierbestände statt wie früher die Tiere zu isolieren und zu beobachten wird abgelehnt. Auch die bei der Afrikanischen Schweinepest und der Vogelgrippe angewandte flächendeckende Freilandbekämpfung wird als unverhältnismäßig kritisiert. Wir möchten gerne mit Tierärzten in Kontakt kommen, die unsere Kritik teilen, um unsere Argumente noch besser fachlich zu untermauern und an die Landesregierung heranzutragen. Der Vorstand bittet alle Mitglieder um Hinweise, wer dabei helfen kann, gleich ob Hoftierarzt oder Amtsveterinär.*

Wichtige Information für alle, die ihren Betrieb nach der Brandenburgischen Höfeordnung vererben möchten



Die Durchsetzung der Höfeordnung in Brandenburg 2019 und deren Anpassung an die Grundsteuerreform 2024 waren große berufspolitische Erfolge, die wir zugunsten unserer jungen Bauern erringen konnten. Kern der schon vorher in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen als landwirtschaftliches Sondererbrecht geltenden Höfeordnung sind folgende Punkte: 1. die geschlossene Vererbung des Hofes an nur einen Hofe Erben, 2. daraus resultierend eine finanzielle Abfindung der weichenden Erben, 3. dafür eine niedrige Bemessungsgrundlage, abgeleitet aus der grundsteuerlichen Bewertung des landwirtschaftlichen Vermögens, mit dem Ziel, die Weiterführung des Hofes als leistungsfähige Einheit nicht mit unverhältnismäßig hohen Kosten zu belasten, und 4. eine Reihe von Pflichten für den Hofe Erben, die aus seiner Sonderstellung folgen, z. B. Versorgung des Altenteilers, Nachabfindung der weichenden Erben im Falle eines Verkaufs von landwirtschaftlichem Vermögen. Insgesamt aber erhält der Hofe Erbe auf diese Weise gute Startchancen.

Bei der Anwendung der für Brandenburg neuen Höfeordnung kommt es allerdings seit etwa einem Jahr zu einem Problem mit dem Datenschutz dahingehend, dass Landwirtschaftsgerichte von ihnen zu genehmigende Hofübergabeverträge den landwirtschaftlichen Berufsverbänden zur Stellungnahme zusenden. So gelangen hochsensible persönliche und betriebliche Daten an Organisationen, die diese gar nicht haben wollen und auch nicht brauchen, da sie zu den jeweiligen Sachverhalten ohnehin nicht mehr beitragen können als die Landwirtschaftsgerichte bei Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen leicht selbst feststellen können. Die Beteiligung der Berufsverbände ist zwar im Landwirtschaftsverfahrensgesetz formal vorgesehen, findet aber in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bei der großen Masse der geschlossenen unstrittigen Hofübergaben regelmäßig nicht statt. In Brandenburg, wo noch keine Erfahrung mit der Anwendung der Höfeordnung besteht, ist dieses Problem nun aber mehrfach aufgetreten.

Wir haben versucht, das Datenschutz-Problem zu beheben, indem wir zunächst beim Ministerium eine entsprechende Handreichung an die Landwirtschaftsgerichte und Notare und dann beim Landesbauernverband einen gemeinsamen Beteiligungsverzicht gegenüber dem Ministerium angeregt haben ... in beiden Fällen wurde zwar Verständnis für das Problem geäußert, jedoch bis heute keinerlei ernsthafte Unterstützung gewährt. Parallel haben wir den auf dem Gebiet der Höfeordnung sehr versierten niedersächsischen Rechtsanwalt Jens Haarstrich damit beauftragt, in einem besonders krassen Fall beim zuständigen Landwirtschaftsgericht auszuloten, wie ein für beide Seiten akzeptabler Kompromiss aussehen könnte, bei dem die sinnlose Beteiligung zwar stattfindet, aber keine hochsensiblen persönlichen und betrieblichen Daten weitergegeben werden. Um laufende und künftige Genehmigungsverfahren nicht mit zusätzlichem Zeitverzug zu belasten, möchten wir die dabei gefundene Vorgehensweise hier vorstellen und bis auf weiteres empfehlen.

Bei geschlossenen unstrittigen Hofübergaben nach der Brandenburgischen Höfeordnung, wo Hofeigenschaft, Gewinnerzielungsabsicht und Wirtschaftsfähigkeit des Übernehmers unzweifelhaft sind und somit Genehmigungszwang besteht, sollte der von Euch beauftragte

Notar den Hofübergabevertrag in zwei Versionen an das Landwirtschaftsgericht schicken: Die erste Version vollständig mit allen Anlagen für das Landwirtschaftsgericht selber und zwar ausdrücklich nur für dessen internen Gebrauch. Die zweite Version datenschutzbereinigt für den aus unserer Sicht zwar sinnlosen, aber möglichen Fall, dass das Landwirtschaftsgericht Dritte beteiligen möchte. In dieser zweiten Version sollten gegebenenfalls im Hofübergabevertrag enthaltene individuelle Versorgungs- und Abfindungsregelungen mit Namen und Zahlen geschwärzt sein. Die Grundbuchauszüge sollten nur Bestandsverzeichnis und Eigentümereintragung enthalten, nicht aber eingetragene Belastungen. Betriebswirtschaftliche Unterlagen sollten darin überhaupt nicht enthalten sein. Dann wird zwar bedrucktes Papier sinnlos hin- und her geschickt, kann Euch aber nicht mehr gefährlich werden.

All das sind Anlaufschwierigkeiten eines neuen Gesetzes, das wir gegen erhebliche Widerstände durchsetzen mussten. Wir kümmern uns zwar weiter um eine politische Lösung, wollen Euch aber nicht darauf warten lassen. Jeder, der sich mit dem Gedanken der Hofübergabe trägt und dabei die für bäuerliche Familienbetriebe häufig vorteilhafte Höfeordnung zur Grundlage nehmen möchte, darf sich gern jederzeit an mich wenden. Lasst Euch auf keinen Fall von solchen Problemen abschrecken und den für die Zukunft des Betriebes wichtigen Schritt auf die lange Bank schieben: Reinhard Jung 038791-80200 oder 0173-3511680.

TERMINE TERMINE TERMINE ...

Herbsttreffen

des Bauernbundes Brandenburg (Landesgruppe der FREIEN BAUERN)

am Sonntag, dem 9. November 2025, im Oderland

- 14.00 Uhr: *Landwirtschaftsbetrieb Wercham, Wilhelmsauer Dorfstraße 30, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue / 740 ha LN (Weizen, Gerste, Raps, Kartoffeln, Vermehrung von Hybridroggen, Erbsen, Öllein und Gräsern), mobile Beregnung, Hofladen*
- 15.00 Uhr: *Kaffeetrinken auf dem Hof Wercham*
- 16.00 Uhr: *Landwirtschaftsbetrieb Scheib, Biesdorfer Siedlung 12, 16269 Wriezen OT Biesdorf / 310 ha LN (Weizen, Triticale, Roggen, Gerste, Raps, Luzerne, Dauergrünland), 50 Mutterkühe Uckermärker*
- 17.30 Uhr: *Gasthaus Märkischer Reiterhof, Vevaiser Weg 9, 16269 Wriezen OT Schulzendorf: Bauernstammtisch, Diskussion „Bauernbund Brandenburg 2030 – wo wollen wir hin?“*

Vorstandssitzung (mitgliederoffen)

des Bauernbundes Brandenburg (Landesgruppe der FREIEN BAUERN)

am Mittwoch, dem 3. Dezember 2025, im Landhaus Hönow, Dorfstraße 23, 15366

Hoppegarten OT Hönow, Einladung mit Tagesordnung kommt noch per E-Mail

Hauptversammlung

des Bauernbundes Brandenburg (Landesgruppe der FREIEN BAUERN)

am Mittwoch, dem 18. Februar 2026, um 10 Uhr im Schwanenkrug, Berliner Allee 9, 14621 Schönwalde-Glien OT Siedlung, u. a. Agrarpolitische Kundgebung mit Landwirtschaftsministerin Hanka Mittelstädt (SPD) und den Agrarpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen Fabian Jank (AfD), Gunnar Lehmann (BSW) und Gordon Hoffmann (CDU), nachmittags Geschäftsbericht, Kassenbericht, Aussprache ...

Aktuelle Informationen immer unter www.bauernbund-brandenburg.de oder bei unserem Dachverband unter www.freiebauern.de